

Der Brandbeschleuniger im Weißen Haus

Nicht der Präsident – das System der Demokratie und ihrer Institutionen ist in Amerika in der Krise

Donald Trump? Für viele ein Albtraum – nicht nur in Europa, auch in Amerika. Doch woher kommt er? Bei Trump selbst ist diese Frage relativ leicht zu beantworten. Seine privatwirtschaftliche wie nun auch seine politische Biographie sind inzwischen hinlänglich bekannt. Doch mit seiner Person allein lässt sich kaum erklären, was sich seit gut zwei Jahren im Weißen Haus abspielt. Mehr und mehr zeigt sich, dass Trump lediglich Ausdruck eines viel größeren Phänomens in der amerikanischen Innenpolitik ist. Dieses zu beleuchten, versucht nun eine Gruppe von Politikwissenschaftlern, die Frank Decker, Philipp Adorf und Patrick Horst versammelt haben.

Der Professor und der wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn sowie ihr Kollege vom Institut für Anglistik, Amerikanistik und Keltologie weisen nicht nur auf eine Gefahr hin, die in der Tat immer wieder aufs Neue mediale Wirklichkeit wird: die Versuchung, sich bei der Analyse der Mängel und Fehlentwicklungen, von denen die amerikanische Demokratie in diesen Tagen geplagt wird, ganz von der Persönlichkeit des Mannes im Weißen Haus gefangen nehmen zu lassen. Sie stellen darüber hinaus – und auch dies in Abgrenzung zur Mehrheit der Kommentare in den europäischen und insbesondere in den deutschen Medien – klug in Frage, ob es politisch opportun wäre, die amerikanische Demokratie mit einem Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einer weiteren Belastungsprobe und Verfassungskrise auszusetzen.

Decker, Adorf und Horst befürchten mit ihrem wohlthuend realistischen Blick, dass angesichts des bereits vor Amtsantritt Trumps erreichten Grads des politischen Vertrauensverlusts eine Entfernung des in Kenntnis seines schurkenhaften Charakters gewählten Präsidenten aus dem Amt einer Operation am offenen Herzen der amerikanischen

Demokratie gleichkäme, deren Ausgang ungewiss wäre. Und sie tun dies, obwohl oder gerade weil sie keinerlei Sympathie für Trump erkennen lassen. Im Gegenteil: Sie beschreiben ihn als einen Mann, über den das Urteil bereits gesprochen werden kann. Die Frage sei nicht mehr, ob Trump „Hochverrat, Bestechung oder andere schwere Verbrechen und Vergehen“ (Artikel II Abschnitt 4 Verfassung) begangen habe – dies lasse sich unabhängig davon, wie die Untersuchungen von Sonderermittler Robert Mueller ausgehen werden, politisch „wasserdicht“ belegen –, sondern ob sich nach den Zwischenwahlen nun die politischen Mehrheiten im Repräsentantenhaus bilden werden, um Trump anzuklagen, und im Senat, um ihn zu verurteilen.

Bislang sieht es nicht danach aus. Zwar fordert die Basis der Demokraten, den Präsidenten des Amtes zu entheben. Aber die Führung der Partei um Nancy Pelosi will dieser Forderung zunächst nicht folgen, da sie die Macht nur im Repräsentantenhaus und nicht im Senat hat. So wird befürchtet, ein Verfahren zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde Trump eher stärken als schwächen.

Dies könnte auch mit einer Gemengelage zusammenhängen, die Decker, Adorf und Horst im historischen Vergleich betrachten und daher zu Ergebnissen gelangen, die im medialen Kurzzeitgedächtnis kaum haften bleiben, dafür aber umso wichtiger erscheinen für eine halbwegs verlässliche Prognose der weiteren Entwicklung der amerikanischen Innenpolitik: Obwohl auch Trumps Zustimmungswerte in der Bevölkerung – wie bei bislang jedem Präsidenten – schwanken und je nach Umfrage stärker oder schwächer ausfallen, fällt auf, dass er trotz einer langen Liste von Verfehlungen und seiner notorischen Lügen nach wie vor eine hohe Popularität unter den Anhängern der Republikaner genießt.

Der vergleichende Blick von Decker, Adorf und Horst auf die Beliebtheit der Präsidenten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zeigt, dass nach fünfhundert Tagen im Weißen Haus einzig George W. Bush unter den eigenen Parteianhängern ein noch höheres Maß an Zustimmung vorweisen konnte, was auf die innenpolitischen Folgen der Terroranschläge vom 11. September 2001 zurückgeführt wird. Und auch in der Bevölkerung insgesamt unterstützen Trump bis heute noch rund vierzig Prozent. Dies ist ein nur marginal niedrigerer Wert im Vergleich zu Jimmy Carter, Ronald Reagan, Bill Clinton und Barack Obama im gleichen Stadium ihrer jeweiligen Präsidentschaft.

In diese Zeiten zurück reichen nach der Analyse von Decker, Adorf und Horst auch die Ursprünge der Krise der amerikanischen Demokratie. Damit wollen sie die Gefahr, die Trump für diese bedeutet, keinesfalls kleinreden. Vielmehr setzen sie die Frage, ob ein Abgleiten der Vereinigten Staaten in den Autoritarismus denkbar sei, auf die Tagesordnung. Auch könne aus demokratischer Perspektive nicht als wünschenswert betrachtet werden, dass einige Regierungmitglieder auf das angenommene Unvermögen ihres Präsidenten und damit Vorgesetzten reagierten, indem sie seine Vorgaben missachteten oder gar in Eigenregie ausgearbeitete Lösungen umsetzten.

In diesem Sinne wird Trump von Decker, Adorf und Horst als ein Brandbeschleuniger der Krise gesehen. Sie betonen jedoch zugleich, dass er nicht der Verursacher der Gefährdungen sei, sondern ihr Symptom. Sie erkennen zum Teil lange zurückreichende Fehlentwicklungen in Politik, Kultur und Gesellschaft, die den Aufstieg des politischen Außenseiters Trump ermöglichten. So solle sich auch für den Fall, dass er aus dem Präsidentenamt entfernt würde, niemand der Illusion hingeben, dass damit die schwere Vertrauenskrise der amerikanischen Demokratie auf einen Schlag be-

hoben wäre. Dazu beurteilen Decker, Adorf und Horst die Fehlentwicklungen als zu schwer und zu zahlreich. Sie betreffen nach den von ihnen versammelten Untersuchungen Probleme im Wahlprozess wie die Auswahl der Präsidentschaftsbewerber, das Wahlmännerkollegium, das den Präsidenten und den Vizepräsidenten wählt, Wahlunterdrückung in den Einzelstaaten oder Wahlkreisschiebung („Gerrymandering“) zur Manipulation von Wahlkreisgrenzen im Mehrheitswahlsystem, um die eigenen Erfolgsaussichten zu maximieren.

Hinzu kommen Probleme der liberalen Ordnung und der Regierbarkeit, die sich in Präsidialdemokratien und Imperialen Präsidentschaften durch die Verschiebung von Legislativkompetenzen hin zur Exekutive bilden. Sie spiegeln sich auch in versagenden „Checks and Balances“, einer Politisierung der Richterernennungen, einer Radikalisierung der Republikanischen Partei, Herausforderungen des föderalen Systems oder einer mangelnden parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste. Umrankt wird dies wiederum von zahlreichen Problemen des sozialen und kulturellen Zusammenhalts, bedingt nicht zuletzt durch die Wirtschaftspolitik, Gesundheitspolitik und Einwanderungspolitik.

In all diesen Einzelbetrachtungen liegt die große Stärke dieses Bandes. Er entfaltet das Panorama, das sichtbar wird wenn man sich nicht nur dem Phänomen Trump widmet, sondern den komplexeren und komplizierteren Ursachenforschungen der amerikanischen Demokratiekrise stellt. THOMAS SPECKMANN



**Patrick Horst,
Philipp Adorf,
Frank Decker (Hrsg.):
Die USA – eine
scheiternde Demokratie?**

Campus Verlag,
Frankfurt am Main 2018.
406 S., 34,95 €.